Staatskanzlei und Ministerium für Kultur
des Landes Sachsen-Anhalt
Vertretung des Landes beim Bund
Referat 51
Kontakt: bundesrat@lv.stk.sachsen-anhalt.de

Berlin, den 10. Juli 2026

1067. Sitzung des Bundesrates am 10. Juli 2026: Ergebnisse des Bundesrates (BR) und Abstimmungsverhalten von Sachsen-Anhalt (ST)

Beginn der Sitzung: 09:37 Uhr; Ende der Sitzung: 15:02 Uhr
Sitzungsunterbrechung: 14:23 Uhr bis 14:56 Uhr

- Kurze Ansprache des Präsidenten zur Begrüßung des französischen Senatspräsidenten Gérard Larcher und seiner Delegation

TOP	Inhalt – Ergebnisse - Hinweise	*BR-Ausschüsse*
1	Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Gesetz zur Durchführung der Verordnung über künstliche Intelligenz) *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG Drucksache 375/26 zu Drucksache 375/26 Drucksache 375/1/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Die Einberufung des Vermittlungsausschusses wurde nicht verlangt.	*- DS -*

2	Gesetz zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft und zur Änderung weiterer Vorschriften *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG Drucksache 376/26 Drucksache 376/1/26 Ergebnis BR: Die Einberufung des Vermittlungsausschusses wurde nicht verlangt (Feststellung des Präsidenten); Ziffer 2 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., eine Entschließung wurde gefasst. Abstimmung ST: ➢ Enthaltung zu Ziffer 2 (Entschließung)	*- In - AIS - Wi -*
3a	Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1799 zur Förderung der Reparatur von Waren sowie zur Verbesserung der Verfügbarkeit von Vorsorgeverfügungen *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG Drucksache 389/26 zu Drucksache 389/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Die Einberufung des Vermittlungsausschusses wurde nicht verlangt.	*- R -*
3b	Erste Verordnung zur Änderung der Vorsorgeregister-Verordnung gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 232/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Der Verordnung wurde zugestimmt.	*- R -*
4	Gesetz zur Anpassung des Verpackungsrechts und anderer Rechtsbereiche an die Verordnung (EU) 2025/40 *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG Drucksache 377/26 zu Drucksache 377/26 Drucksache 377/1/26 zu (2) Drucksache 377/26 (Berichtigung) Ergebnis BR / Abstimmung ST: Den Ausschussempfehlungen sowie dem Plenarantrag des Landes Nordrhein-Westfalen in Drucksache 377/2/26 wurde zugestimmt, d. h., die Einberufung des Vermittlungsausschusses wurde nicht verlangt (Feststellung des Präsidenten); eine Entschließung wurde gefasst.	*- U -*

5	Infrastruktur-Zukunftsgesetz *Zustimmungsgesetz* gemäß Artikel 87e Absatz 5 Satz 1 und 2 GG Drucksache 390/26 Drucksache 390/1/26 Ergebnis BR: Ziffern 2 bis 4, 8, 12 bis 18, 24 der Ausschussempfehlungen sowie dem Plenarantrag der Freien und Hansestadt Hamburg in Drucksache 390/2/26 wurde zugestimmt, d. h., dem Gesetz wurde zugestimmt; eine Entschließung wurde gefasst. Abstimmung ST: ➢ Zustimmung zu Ziffern 2 bis 6, 8, 11 bis 18, 24 sowie zum Plenarantrag ➢ Ablehnung der Ziffer 1 (Einberufung des Vermittlungsausschusses), Ziffern 19 bis 23 ➢ Enthaltung zu Ziffern 7, 9, 10 Rede ST: **Ministerin Dr. Lydia Hüskens**	*- Vk - AV - U -*
6	Gesetz zur Ermöglichung der digitalen Fluggastabfertigung *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG Drucksache 391/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Die Einberufung des Vermittlungsausschusses wurde nicht verlangt.	*- Vk -*
7	Gesetz zum Bürokratierückbau in der Gewerbeordnung und dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz sowie anderer Rechtsvorschriften zur Aufhebung von Berichtspflichten *Zustimmungsgesetz* gemäß Artikel 104b Absatz 2 Satz 1 GG Drucksache 378/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Dem Gesetz wurde zugestimmt.	*- Wi -*

8	Gesetz zu dem Abkommen vom 29. Juli 2025 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Deutsch-Französischen Gymnasien und das Deutsch-Französische Abitur *Zustimmungsgesetz* gemäß Artikel 84 Absatz 1 Satz 5 und 6 GG Drucksache 379/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Dem Gesetz wurde zugestimmt.	*- AA -*
9	Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG Antrag der Freien und Hansestadt Hamburg Beitritt: Bremen Drucksache 356/26 Drucksache 356/1/2 Ergebnis BR: Einbringung des Gesetzentwurfs beim Deutschen Bundestag und BR-Beauftragtenbestellung von Senatorin Anna Gallina [(Hamburg), Feststellung des Präsidenten] Abstimmung ST: ➢ Enthaltung zu Ziffer 1 der Ausschussempfehlungen (Einbringung des Gesetzentwurfs beim Deutschen Bundestag)	*- In - DS -*
10	Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Waffengesetzes: Ausgestaltung des unerlaubten Umgangs mit halbautomatischen Kurzwaffen zum Verschießen von Patronenmunition als Verbrechen *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG Antrag des Landes Berlin Drucksache 383/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Einbringung des Gesetzentwurfs beim Deutschen Bundestag und BR-Beauftragtenbestellung von Senatorin Iris Spranger [(Berlin), Feststellung des Präsidenten]	*- In - R -*

11	Entwurf eines Gesetzes zur Strafbewehrung der Leugnung des Existenzrechts des Staates Israel *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG Antrag des Landes Hessen Drucksache 227/26 Drucksache 227/1/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Den Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h. Einbringung des Gesetzentwurfs beim Deutschen Bundestag; BR-Beauftragtenbestellung von Staatsminister Christian Heinz [(Hessen), Feststellung des Präsidenten]	*- R - In -*
12	Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG Antrag des Landes Schleswig-Holstein Drucksache 143/26 Drucksache 143/1/26 Ergebnis BR: Den Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h. Einbringung des Gesetzentwurfs beim Deutschen Bundestag; BR-Beauftragtenbestellung von Minister Tobias Goldschmidt [(Schleswig-Holstein), Feststellung des Präsidenten] Abstimmung ST: ➢ Ablehnung der Ziffer 1 der Ausschussempfehlungen (Einbringung des Gesetzentwurfs beim Deutschen Bundestag)	*- Wi - U -*
13	Entschließung des Bundesrates "Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) vereinfachen und entbürokratisieren" Antrag des Landes Schleswig-Holstein Beitritt: Mecklenburg-Vorpommern gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 384/26 Ausschussüberweisung: (FSFJ, AIS, Fz)	

14	Entschließung des Bundesrates zur Rechtsklarheit bei der Umsatzsteuer für Sportvereine Antrag der Länder Saarland, Bremen, Niedersachsen, Brandenburg, Hamburg Beitritt: Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Thüringen Drucksache 361/26 Drucksache 361/1/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Ziffer 1 der Ausschussempfehlungen sowie in der Schlussabstimmung wurde zugestimmt, d. h., die Entschließung wurde nach Maßgabe einer Änderung gefasst.	*- Fz - In -*
15	Entschließung des Bundesrates zur Stärkung der gesamtstaatlichen Resilienz Antrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern Beitritt: Hamburg Drucksache 249/26 Drucksache 249/1/26 zu Drucksache 249/1/26 (Berichtigung) Ergebnis BR / Abstimmung ST: Ziffer 1 der Ausschussempfehlungen sowie in der Schlussabstimmung wurde zugestimmt, d. h., die Entschließung wurde nach Maßgabe einer Änderung gefasst.	*- In - Fz - V -* *- Wi -*
16	Entschließung des Bundesrates: Schulpflicht als Garant für Chancengerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt bewahren **Antrag** der Länder Thüringen, **Sachsen-Anhalt**, Hamburg Beitritt: Brandenburg, Bremen, Niedersachsen, Saarland, Sachsen Drucksache 358/26 Drucksache 358/1/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Ziffern 1 bis 4 der Ausschussempfehlungen sowie in der Schlussabstimmung wurde zugestimmt, d. h., die Entschließung wurde nach Maßgabe von Änderungen gefasst.	*- K - AIS - FSFJ -*

17	Entschließung des Bundesrates "Geschlechtsbezogene Tatmotive im Recht der vorsätzlichen Tötungsdelikte sachgerecht erfassen" Antrag der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Niedersachsen Drucksache 345/26 Drucksache 345/1/26 Ergebnis BR: Ziffer 1 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., die Entschließung wurde gefasst. Abstimmung ST: ➢ Enthaltung	*- R - FSFJ - In -*
18	Entschließung des Bundesrates "Stärkung der sexuellen Selbst-bestimmung durch konsensbasiertes Sexualstrafrecht" Antrag der Freien und Hansestadt Hamburg Beitritt: Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Saarland Drucksache 357/26 Drucksache 357/1/26 Ergebnis BR: Ziffer 1 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., die Entschließung wurde gefasst. Abstimmung ST: ➢ Enthaltung	*- R - FSFJ - In -*
19	Entschließung des Bundesrates "Konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention - kritische Bestandsaufnahme des § 177 StGB" Antrag des Landes Schleswig-Holstein gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 385/26 Ausschussüberweisung: (R, FSFJ, In)	

20	Entschließung des Bundesrates "Unmittelbarer Handlungsbedarf in Folge der Sperrung der Friedrich-Ebert-Autobahnbrücke im Bonner Norden" Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen Drucksache 367/26 Drucksache 367/1/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Ziffern 1 bis 3 der Ausschussempfehlungen sowie in der Schlussabstimmung wurde zugestimmt, d. h., die Entschließung wurde nach Maßgabe von Änderungen gefasst.	*- Vk - Fz - In - - R -*
21	Entschließung des Bundesrates "Reform des Trassenpreissystems und Kompensation der Mehrbelastungen nach dem EuGH-Urteil zur Trassenpreisbremse" Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen **Beitritt:** Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, **Sachsen-Anhalt**, Schleswig-Holstein, Thüringen gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 387/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Die Entschließung wurde im Wege der sofortigen Sachentscheidung gefasst.	
22	Entschließung des Bundesrates zu kartellrechtlichen Maßnahmen zur Stärkung des dualen Mediensystems **Antrag** der Länder Sachsen, **Sachsen-Anhalt**, Baden-Württemberg Beitritt: Brandenburg, Saarland, Schleswig-Holstein, Thüringen Drucksache 346/26 Drucksache 346/1/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Ziffern 2 bis 4 der Ausschussempfehlungen sowie in der Schlussabstimmung wurde zugestimmt, d. h., die Entschließung wurde nach Maßgabe von Änderungen gefasst.	*- Wi - K -*

23	Entschließung des Bundesrates zur Einführung eines flexiblen Preisdeckels bei Kraftstoffen Antrag der Länder Saarland, Mecklenburg-Vorpommern Drucksache 368/26 Ergebnis BR: Die Entschließung wurde nicht gefasst. Abstimmung ST: ➢ Enthaltung	*- Wi -*
24	Entschließung des Bundesrates "Streichung des Abwägungsvorrangs in § 2 EEG 2023 für Photovoltaik-Anlagen im Wald" Antrag des Freistaates Sachsen gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 392/26 Ausschussüberweisung: (Wi, AV, U)	
25	Entschließung des Bundesrates "Investitionssicherheit auf dem Wohnungsmarkt erhalten, Vergesellschaftungen Grenzen setzen" Antrag des Freistaates Bayern gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 380/26 Abgesetzt	
26a	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des GAP- Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem-Gesetzes und des GAP- Konditionalitäten-Gesetzes an die Vorgaben der Verordnung (EU) 2025/2649 sowie zur Verbesserung des behördlichen Informationsaustauschs *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 321/26 Drucksache 321/1/26 Ergebnis BR: Ziffern 1, 3 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zum Gesetzentwurf wurde Stellung genommen. Abstimmung ST: ➢ Zustimmung zu Ziffern 1 bis 3	*- AV - U -*

26b	Verordnung zur Anpassung der GAP-Direktzahlungen-Verordnung, der GAPInVeKoS-Verordnung und der GAP-Konditionalitäten-Verordnung an die Vorgaben der Verordnung (EU) 2025/2649 sowie zur Entlastung der landwirtschaftlichen Betriebe gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 316/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Der Verordnung wurde zugestimmt.	*- AV - U -*
27	Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der unionsrechtlichen Vorschriften über die Europäische Brieftasche für die Digitale Identität sowie zur Änderung anderer Rechtsvorschriften (Digitale Identitätengesetz - DIdG) *Zustimmungsgesetz* gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 322/26 Drucksache 322/1/26 Ergebnis BR: Ziffern 1 bis 3, 5, 7 bis 19 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zum Gesetzentwurf wurde Stellung genommen. Abstimmung ST: ➢ Enthaltung zu Ziffern 1, 2, 4, 6 ➢ Zustimmung zu Ziffern 3, 5, 7 bis 19 ➢ Ablehnung des Plenarantrages des Freistaates Sachsen in Drucksache 322/2/26	*- DS - Fz - In -* *- Wi -*
28	Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Cybersicherheit *Zustimmungsgesetz* gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG Drucksache 323/26 Drucksache 323/1/26 Ergebnis BR: Ziffern 2, 6, 8, 9 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zum Gesetzentwurf wurde Stellung genommen. Abstimmung ST: ➢ Enthaltung zu Ziffern 1, 3, 4, 7, 8 ➢ Zustimmung zu Ziffern 2, 5, 6, 9	*- In - DS - R -* *- Wi -*

29	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung europäischer audiovisueller Werke durch eine Investitionsverpflichtung für Mediendiensteanbieter (Mediendienste-Investitionsverpflichtungs-Gesetz - MedienInvestVG) *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 324/26 Drucksache 324/1/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Ziffer 1 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zum Gesetzentwurf wurde Stellung genommen.	*- K - Wi -*
30	Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Stärkung des strafrechtlichen Schutzes vor sogenannten K.-o.-Tropfen *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 325/26 Drucksache 325/1/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Ziffer 1 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zum Gesetzentwurf wurde Stellung genommen.	*- R - FSFJ - In -*
31	Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen *Zustimmungsgesetz* gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 326/26 Drucksache 326/1/26 Ergebnis BR: Ziffern 1, 3 bis 5 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zum Gesetzentwurf wurde Stellung genommen. Abstimmung ST: ➢ Zustimmung zu Ziffern 1 bis 5	*- R - Fz - In -*

32	Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der strafrechtlichen Verfolgung des Menschenhandels und der sexuellen Ausbeutung sowie zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1712 *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG Drucksache 327/26 Drucksache 327/1/26 Ergebnis BR: Den Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zum Gesetzentwurf wurde Stellung genommen. Abstimmung ST: ➢ Ablehnung der Ziffern 1, 2 ➢ Zustimmung zu Ziffern 3 bis 10	*- R - FSFJ - In -*
33	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung und anderer Gesetze *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 328/26 Drucksache 328/1/26 Ergebnis BR: Ziffern 2, 4 bis 6, 8, 12 bis 15, 17, 19 bis 23, 26 bis 31, 33, 36 bis 38, 40, 41, 43 bis 46 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zum Gesetzentwurf wurde Stellung genommen. Abstimmung ST: ➢ Enthaltung zu Ziffern 1 bis 3, 9 bis 11, 32, 42 ➢ Zustimmung zu Ziffern 4 bis 6, 8, 12 bis 15, 17, 19 bis 23, 26 bis 31, 33, 34, 36 bis 38, 40, 41, 43 bis 46 ➢ Ablehnung der Ziffer 35 Rede ST: **Ministerin Franziska Weidinger**	*- R - AIS - In -* *- U -*

34	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Regelung über ärztliche Zwangsmaßnahmen im Betreuungsrecht und zur Stärkung des ultima-ratio-Gebots sowie der Selbstbestimmung der Betroffenen *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 329/26 Drucksache 329/1/26 Ziffern 1, 3 bis 5 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zum Gesetzentwurf wurde Stellung genommen. Abstimmung ST: ➢ Zustimmung zu Ziffern 1 bis 5	*- R - AIS - FSFJ - - G -*
35	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Fahrlehrergesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Gesetze *Zustimmungsgesetz* gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 330/26 Drucksache 330/1/26 Ergebnis BR: Ziffern 1, 2, 4, 7, 8, 10 bis 12, 15 bis 21, 23 bis 29 der Ausschuss-empfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zum Gesetzentwurf wurde Stellung genommen. Abstimmung ST: ➢ Zustimmung zu Ziffern 1, 2, 4, 7, 8, 10 bis 21, 23 bis 29 ➢ Enthaltung zu Ziffer 3 ➢ Ablehnung der Zifffer 6	*- Vk - AIS - In -*
36	Entwurf eines Siebzehnten Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrs-gesetzes *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 331/26 Drucksache 331/1/26 Ergebnis BR: Ziffern 1 bis 3, 5, 6, 8 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zum Gesetzentwurf wurde Stellung genommen. Abstimmung ST: ➢ Zustimmung zu Ziffern 1, 2, 5, 6, 8 ➢ Enthaltung zu Ziffern 3, 4, 7	*- Vk - U - Wi -*

37	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wärmeplanungsgesetzes *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG Drucksache 332/26 Drucksache 332/1/26 Ergebnis BR: Ziffern 1 bis 4, 7 bis 9, 11, 12, 14, 17, 19, 20, 22 bis 25, 27, 28 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zum Gesetzentwurf wurde Stellung genommen. Abstimmung ST: ➢ Enthaltung zu Ziffern 1, 20 Buchstabe b ➢ Ablehnung der Ziffern 2, 5 bis 8, 26 ➢ Zustimmung zu Ziffern 3, 4, 9, 11 bis 14, 16, 17, 19, 20 (ohne Buchstabe b), Ziffern 22 bis 25, 27, 28	*- Wi – U – Wo -*
38	Entwurf eines Ersten Unternehmensstatistikreformgesetzes *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG Drucksache 333/26 Drucksache 333/1/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Ziffern 1, 2 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zum Gesetzentwurf wurde Stellung genommen.	*- Wi - Fz - In -*
39	Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG Drucksache 388/26 Ergebnis BR: Ziffern 1, 2 (ohne Buchstabe c), Ziffern 3 bis 5, 10, 11, 15, 17, 19, 21, 23, 25 bis 32, 34 bis 38, 41 bis 43, 46, 47, 51 bis 59 der Ausschuss-empfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zum Gesetzentwurf wurde Stellung genommen. Abstimmung ST: ➢ Zustimmung zu Ziffern 1 bis 3, 10, 11, 13 bis 17, 19, 21 bis 32, 34 bis 39, 41, 43, 46, 47, 51 bis 54, 57 bis 59 ➢ Ablehnung der Ziffern 4, 5, 20, 40, 55, 56 ➢ Enthaltung zu Ziffern 42, 44, 45	*- Wi - Fz - U -* *- Wo -*

40	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Städtebau- und Raumordnungsrechts *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG Drucksache 334/26 Drucksache 334/1/26 Ergebnis BR: Ziffern 1, 3, 5, 6, 14, 21 bis 25, 29 bis 31, 33, 34, 36, 39 bis 49, 52 bis 56, 61, 62, 64, 66, 67, 69 bis 81, 83, 86, 88, 91, 94 bis 96, 98 bis 102, 104, 106, 108, 111, 115, 116, 118 bis 120, 122, 124 bis 126, 129, 130, 134 bis 137, 139, 141, 146, 148, 149, 152, 154, 157, 159, 162, 163, 166, 168, 169, 174 bis 185, 187, 188, 190 bis 194, 199, 202, 204, 205, 207 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zum Gesetzentwurf wurde Stellung genommen. Abstimmung ST: ➢ Enthaltung zu Ziffern 1, 3 bis 5, 10, 12, 13, 15, 19, 28, 29, 35, 37, 39 bis 43, 57, 58, 62, 65, 68, 75, 77, 80, 81, 87, 88, 90, 92, 97, 99, 100, 110 bis 114, 117, 118, 121, 126, 128 bis 132, 152 bis 158, 161, 164, 165, 167, 170 bis 173, 185 bis 187, 189, 192, 197 bis 202, 208 ➢ Zustimmung zu Ziffern 2, 6, 8, 9, 11, 14, 16 bis 18, 21 bis 27, 30, 32 bis 34, 36, 38, 44 bis 46, 48, 49, 52 bis 56, 60, 61, 64, 66, 67, 69, 71 bis 74, 76, 78, 79, 83, 86, 91, 94, 96, 98, 101, 102, 104, 106, 108, 115, 116, 119, 122, 124, 134 bis 137, 139, 141, 142, 146 bis 149, 159, 162, 163, 168, 169, 174 bis 184, 188, 190, 191, 193 bis 195, 203 Buchstaben a bis c, 204, 205, 207 ➢ Ablehnung der Ziffern 7, 20, 31, 47, 50, 51, 59, 70, 85, 93, 95, 120, 123, 125, 127, 133, 160, 166, 196, 203 Buchstabe d, Ziffer 206 sowie der Plenaranträge des Freistaates Bayern, dem Baden-Württemberg beigetreten ist, in Drucksache 334/2/26 und des Landes Brandenburg in Drucksache 334/3/26	*- Wo - AV - In -* *- U - Vk - Wi -*
41	Entwurf eines Gesetzes zu der Mehrseitigen Vereinbarung vom 22. Juni 2021 zwischen den zuständigen Behörden über den automatischen Austausch von Informationen über Einkünfte, die mittels digitaler Plattformen erzielt wurden *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 335/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Es wurden keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf erhoben.	*- Fz -*

42	Entwurf eines Gesetzes zu der Mehrseitigen Vereinbarung vom 8. Juni 2023 zwischen den zuständigen Behörden über den automatischen Austausch von Informationen nach dem Melderahmen für Kryptowerte *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 336/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Es wurden keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf erhoben.	*- Fz -*
43	Entwurf eines Gesetzes zu der Zusatzvereinbarung vom 8. Juni 2023 zur Mehrseitigen Vereinbarung vom 29. Oktober 2014 zwischen den zuständigen Behörden über den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG Drucksache 337/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Es wurden keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf erhoben.	*- Fz -*
44	Rechnung des Bundesrechnungshofes für das Haushaltsjahr 2025 - Einzelplan 20 - gemäß § 101 BHO Drucksache 359/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Die Entlastung wurde erteilt.	*- Fz -*
45	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den gesellschaftlichen Rahmen des 28. Regimes - "EU INC" gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG Drucksache 238/26 zu Drucksache 238/26 Drucksache 238/1/26 Ergebnis BR: Ziffern 1, 2, 4 bis 12, 16 bis 39, 41, 42, 44 bis 77 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zur Vorlage wurde Stellung genommen; Direktübermittlung der Stellungnahme an die Kommission. Abstimmung ST: ➢ Zustimmung zu Ziffern 1, 2, 4 bis 12, 16 bis 18, 21 bis 39, 41, 42, 44 bis 57, 59, 63 bis 77 ➢ Ablehnung der Ziffern 13, 19, 20, 58 ➢ Enthaltung zu Ziffern 40, 43, 60 bis 62	*- EU - AIS - Fz -* *- R - Wi -*

46	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über digitale Netze, zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120, der Richtlinie 2002/58/EG und der Entscheidung Nr. 676/2002/EG sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2018/1971, der Richtlinie (EU) 2018/1972 und des Beschlusses Nr. 243/2012/EU (Verordnung über digitale Netze) gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG Drucksache 217/26 zu Drucksache 217/26 Drucksache 217/1/26 Ergebnis BR: Ziffern 1 bis 6, 8 bis 31 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zur Vorlage wurde Stellung genommen. Abstimmung ST: ➢ Zustimmung zu Ziffern 1 bis 31	*- EU - DS - In - - K - R - Wi -*
47	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Agentur für Weltraumdienste der Europäischen Union und zur Änderung Verordnung (EU) 2021/696 gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV und §§ 3 und 5 EUZBLG Drucksache 309/26 zu Drucksache 309/26 Drucksache 309/1/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Ziffern 1 bis 5 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zur Vorlage wurde gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG Stellung genommen.	*- EU - K - Wi -*

48	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - Strategie der Europäischen Union gegen Armut: Armut in allen Lebensphasen bekämpfen und verhindern gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG Drucksache 339/26 Drucksache 339/1/26 Ergebnis BR: Ziffern 1 bis 4 (ohne letzten Satz), Ziffern 5 bis 10, 13 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zur Vorlage wurde Stellung genommen. Abstimmung ST: ➢ Zustimmung zu Ziffern 1 bis 3, 5 bis 8, 12, 13 ➢ Enthaltung zu Ziffern 4, 9 bis 11, 14	*- EU - AIS - FSFJ -* *- Fz - K - Wi -*
49	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Strategischer Fahrplan für Digitalisierung und KI im Energiesektor gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG Drucksache 342/26 Drucksache 342/1/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Ziffern 1 bis 3 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zur Vorlage wurde Stellung genommen.	*- EU - DS - In -* *- K - U - Wi -*
50	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - Aktionsplan für Düngemittel: Eine Partnerschaft zur Gewährleistung von Verfügbarkeit, Erschwinglichkeit und strategischer Autonomie bei heimischen EU-Düngemitteln gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG Drucksache 363/26 Drucksache 363/1/26 Ergebnis BR: Ziffer 4 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zur Vorlage wurde Stellung genommen. Abstimmung ST: ➢ Ablehnung der Ziffern 1 bis 4	*- EU - AV - U -* *- Wi -*

51	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Ein einfacheres, klareres und besser durchsetzbares EU-Regelwerk gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG Drucksache 280/26[1] Drucksache 280/2/26 Ergebnis BR: Ziffer 1 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., zur Vorlage wurde erneut Stellung genommen. Abstimmung ST: ➢ Zustimmung zu Ziffern 1 bis 5, 8 bis 10 ➢ Enthaltung zu Ziffern 6, 7	*- EU -*
52	Verordnung zu der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen über die Anwendung des Abkommens vom 10. November 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinten Nationen über den Sitz des Freiwilligenprogramms der Vereinten Nationen auf das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, einschließlich seines Repräsentationsbüros in Bonn, seines Satellitenbüros in Berlin sowie anderer möglicher künftiger Satellitenbüros innerhalb Deutschlands gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 341/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Der Verordnung wurde zugestimmt.	*- AA -*
53	Verordnung zur Festlegung und Anpassung der Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung für das Jahr 2026 (Bundesbeteiligungs-Festlegungsverordnung 2026 - BBFestV 2026) gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 288/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Der Verordnung wurde zugestimmt.	*- AIS - Fz -*

[1] *Wiederaufnahme der Beratungen in EU.*

54	Siebte Verordnung zur Änderung der Berufskrankheiten-Verordnung gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 312/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Der Verordnung wurde zugestimmt.	*- AIS - AV - G -*
55	Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Barrierefreiheits-stärkungsgesetz gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 314/26 Drucksache 314/1/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Den Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., der Verord-nung wurde zugestimmt; eine Entschließung wurde gefasst.	*- AIS - Vk -*
56	Zweite Verordnung zur Änderung der Agrarstatistikverordnung gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 315/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Der Verordnung wurde zugestimmt.	*- AV - Fz -*
57	Verordnung zur Ergänzung der Anlage A des Übereinkommens vom 25. Januar 1988 über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 289/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Der Verordnung wurde zugestimmt.	*- Fz -*
58	Siebte Verordnung zur Änderung der CRS-Ausdehnungsverordnung gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 290/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Der Verordnung wurde zugestimmt.	*- Fz -*

59	Verordnung zur Änderung der Mindeststeuer-Bericht-Verordnung gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 291/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Der Verordnung wurde zugestimmt.	*- Fz -*
60	Verordnung zur Änderung der Apothekenbetriebsordnung und weiterer Verordnungen gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 317/26 Drucksache 317/1/26 Ergebnis BR: Ziffern 1, 2, 4 bis 8, 10 bis 20, 22, 24 bis 26 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., der Verordnung wurde nach Maßgabe von Änderungen zugestimmt; eine Entschließung wurde gefasst. Abstimmung ST: ➢ Ablehnung der Ziffern 1, 4, 15, 16, 21, 23 ➢ Zustimmung zu Ziffern 2, 5 bis 8, 10 bis 14, 17 bis 20, 22, 24 bis 26 sowie zum Plenarantrag des Landes Brandenburg in Drucksache 317/2/26	*- G - AIS - In -* *- K -*
61	Erste Verordnung zur Änderung der Berufskraftfahrerqualifikationsverordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 318/26 Drucksache 318/1/26 Ergebnis BR: Ziffern 1, 7, 8 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., der Verordnung wurde nach Maßgabe einer Änderung zugestimmt; eine Entschließung wurde gefasst. Abstimmung ST: ➢ Enthaltung zu Ziffern 1, 3 ➢ Ablehnung der Ziffern 2, 5 ➢ Zustimmung zu Ziffern 4, 7, 8	*- Vk - AIS - In -* *- Wi -*

62	Verordnung zu dem Abkommen vom 21. April 2026 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Zentrum für internationale Forstforschung über den Sitz des Zentrums für internationale Forstforschung in der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 313/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Der Verordnung wurde zugestimmt.	*- Wi - AV -*
63	Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Register über Unternehmensbasisdaten gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 319/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Der Verordnung wurde zugestimmt.	*- Wi - Fz - In -* *- R -*
64	Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über Verbraucherkreditverträge im Gewerberecht gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG Drucksache 320/26 Drucksache 320/1/26 Ergebnis BR: Ziffern 1, 3, 4 der Ausschussempfehlungen wurde zugestimmt, d. h., der Verordnung wurde nach Maßgabe von Änderungen zugestimmt. Abstimmung ST: ➢ Zustimmung zu Ziffern 1, 3, 4 ➢ Enthaltung zu Ziffer 2	*- Wi - R -*
65	Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der AVV Zoonosen Lebensmittelkette gemäß Artikel 84 Absatz 2 GG Drucksache 297/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift wurde zugestimmt.	*- AV -*

66	Allgemeine Verwaltungsvorschrift der Bundesregierung für die Außenprüfung (Außenprüfungsordnung - ApO) gemäß Artikel 108 Absatz 7 GG Drucksache 296/26 zu Drucksache 296/26 (Berichtigung) Ergebnis BR / Abstimmung ST: Der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift wurde zugestimmt.	*- Fz -*
67	Vorschlag der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz für die Ernennung von Bundesanwältinnen und Bundesanwälten beim Bundesgerichtshof gemäß § 149 GVG Drucksache 371/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Dem Benennungsvorschlag wurde zugestimmt.	*- R -*
68	Benennung eines stellvertretenden Mitglieds für den Eisenbahninfrastrukturbeirat gemäß § 4 Absatz 4 BEVVG Antrag des Landes Baden-Württemberg Drucksache 381/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST Benennung von Ministerin Nicole Razavi (Baden-Württemberg) im Wege der sofortigen Sachentscheidung	
69	Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht Drucksache 372/26 zu Drucksache 372/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Es wurde von einer Äußerung und einem Beitritt zu den Verfahren abgesehen.	*- R -*

70	Entschließung des Bundesrates zum für das Jahr 2026 vorgesehenen Bericht der Europäischen Kommission über die Bewertung und Überprüfung gemäß Artikel 62 der Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zweck der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates Antrag des Freistaates Bayern gemäß § 36 Abs. 2 GO BR Drucksache 395/26 Ausschussüberweisung: (EU, DS, In, R)	
71	Entschließung des Bundesrates zur wirksameren Bekämpfung des sogenannten "Autoposing" im öffentlichen Straßenraum Antrag der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 36 Abs. 2 GO BR Drucksache 396/26 Ausschussüberweisung: (Vk, In, U)	
72	Vorschlag für die Berufung eines Mitglieds des Verwaltungsrates der Bundesagentur für Arbeit gemäß § 377 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 sowie § 375 Absatz 3, § 377 Absatz 2 und § 379 Absatz 2 Nummer 2 SGB III Antrag des Landes Baden-Württemberg Drucksache 398/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Berufung von Amtschefin Ministerialdirektorin Leonie Dirks (Baden-Württemberg) bis zum Ende der laufenden Amtsperiode (30.06.2028) im Wege der sofortigen Sachentscheidung	

73	Benennung eines stellvertretenden Mitglieds für den Beirat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen gemäß § 5 Absatz 1 BEGTPG Antrag des Landes Hessen Drucksache 393/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Benennung von Staatssekretär Dr. Nicolas Sölter (Hessen) im Wege der sofortigen Sachentscheidung	
74	Entschließung des Bundesrates "Für eine Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ab 2028, die Einkommen sichert, Wettbewerbsfähigkeit erhält und die bestehenden Strukturen in Deutschland anerkennt" **Antrag** der Länder **Sachsen-Anhalt**, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen Beitritt: Brandenburg **Geschäftsordnungsantrag** des Landes **Sachsen-Anhalt** Drucksache 360/26 Drucksache 360/1/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Der sofortigen Sachentscheidung, Ziffer 1 der Ausschussempfehlungen sowie in der Schlussabstimmung wurde zugestimmt, d. h., die Entschließung wurde nach Maßgabe einer Änderung gefasst.	*- EU - AV - Fz - - U -*
75	Entschließung des Bundesrates für faire Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit Antrag der Länder Saarland, Niedersachsen gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 399/26 Ausschussüberweisung: (AIS, Fz, Wi)	
76	Benennung eines Mitglieds des Kuratoriums der Stiftung "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" gemäß § 7 Absatz 3 HdGStiftG Antrag des Freistaats Thüringen gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 403/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Benennung von Staatssekretär Prof. Dr. Steffen Teichert (Thüringen) im Wege der sofortigen Sachentscheidung	

77	Benennung eines Vertreters des Bundesrates im Mittelstandsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau gemäß § 7a Absatz 1 KredAnstWiAG Antrag des Landes Rheinland-Pfalz gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 401/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Benennung von Staatsminister Michael Ebling (Rheinland-Pfalz) für die verbleibende Amtsperiode 2026/2027 im Wege der sofortigen Sachentscheidung	
78	Benennung eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für den Beirat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen gemäß § 5 Absatz 1 BEGTPG Antrag des Landes Rheinland-Pfalz gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 402/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Benennung von Staatsminister Michael Ebling (Rheinland-Pfalz) als Mitglied sowie Staatssekretär Daniel Stich (Rheinland-Pfalz) als stellvertretendes Mitglied im Wege der sofortigen Sachentscheidung	
79	Benennung eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für den Beirat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen gemäß § 5 Absatz 1 BEGTPG Antrag des Landes Baden-Württemberg gemäß § 36 Absatz 2 GO BR Drucksache 404/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Benennung von Ministerialdirektor Dr. Michael Münter (Baden-Württemberg) als Mitglied und Ministerialdirektorin und Chief Digital Officer der Landesregierung Ronja Kemmer (Baden-Württemberg) als stellvertretendes Mitglied im Wege der sofortigen Sachentscheidung	

80	Gesetz zur Entlastung der Länder und ihrer Kommunen (Länder- und Kommunalentlastungsgesetz - LKEG) *Zustimmungsgesetz* gemäß Artikel 106 Absatz 3 Satz 3 und Artikel 107 Absatz 2 GG Drucksache 405/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Dem Gesetz wurde zugestimmt. Protokollerklärung: **(Anlage 1)** **Ministerin Dr. Tamara Zieschang für Minister Prof. Dr. Armin Willingmann** für die Länder **Sachsen-Anhalt**, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen	
81	Gesetz zur Weiterentwicklung der Digitalisierung in der Migrationsverwaltung (Migrationsverwaltungsdigitalisierungsweiterentwicklungsgesetz - MDWG) *Zustimmungsgesetz* gemäß Artikel 80 Absatz 2 und Artikel 84 Absatz 1 Satz 5 und 6 GG Drucksache 406/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Dem Gesetz wurde zugestimmt.	
82	Gesetz zur Abweichung von dem Anpassungsverfahren gemäß § 11 Absatz 4 des Abgeordnetengesetzes für das Jahr 2026 sowie zur Änderung des Abgeordnetengesetzes *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG Drucksache 407/26 Ergebnis BR (Feststellung des Präsidenten): Die Einberufung des Vermittlungsausschusses wurde nicht verlangt.	
83	Gesetz zur Umsetzung der Änderungen der Richtlinie 2014/30/EU und der Richtlinie 2014/53/EU durch die Richtlinie (EU) 2024/2749 im Elektromagnetische-Verträglichkeit-Gesetz und im Funkanlagengesetz in Bezug auf Notfallverfahren bei einem Binnenmarkt-Notfall *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG Drucksache 408/26 Ergebnis BR (Feststellung des Präsidenten): Die Einberufung des Vermittlungsausschusses wurde nicht verlangt.	

84	Gesetz zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes, zur Änderung des Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften im Wärmebereich *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG Drucksache 409/26 zu Drucksache 409/26 Ergebnis BR: Die Einberufung des Vermittlungsausschusses wurde nicht verlangt. Abstimmung ST: ➢ Enthaltung zum Plenarantrag der Freien und Hansestadt Hamburg in Drucksache 409/1/26	
85	Gesetz zur Sicherung der Versorgungssicherheit Strom und zur Bereitstellung neuer Kapazitäten und zur Änderung der Besonderen Gebührenverordnung BNetzA *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG Drucksache 410/26 zu Drucksache 410/26 Ergebnis BR / Abstimmung ST: Die Einberufung des Vermittlungsausschusses wurde nicht verlangt (Feststellung des Präsidenten); dem Plenarantrag des Landes Baden-Württemberg in Drucksache 410/2/26 wurde zugestimmt, d. h., eine Entschließung wurde gefasst. Rede ST zu Protokoll: **Ministerin Dr. Tamara Zieschang für Minister Prof. Dr. Armin Willingmann**	

86	Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz) *Einspruchsgesetz* gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG Drucksache 411/26 Ergebnis BR: Die Einberufung des Vermittlungsausschusses wurde nicht verlangt. Abstimmung ST: ➢ Zustimmung zum **Plenarantrag** der Länder Saarland, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, **Sachsen-Anhalt** in Drucksache 411/1/26 (**Anlage 2)** Protokollerklärung: **(Anlage 3)** **Ministerin Dr. Tamara Zieschang für Minister Prof. Dr. Armin Willingmann** für die Länder **Sachsen-Anhalt**, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein	

Hinweis:

Die nächste Sitzung wurde für den 25.09.2026, 09:30 Uhr, einberufen.

Anlage 1

Protokollerklärung

der Länder
Sachsen-Anhalt, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen

zu TOP 80 der 1067. Sitzung des Bundesrates am 10.07.2026
Gesetz zur Entlastung der Länder und ihrer Kommunen (Länder- und Kommunalentlastungsgesetz – LKEG) – Drucksache 405/26

1. Die Länder Sachsen-Anhalt, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen begrüßen, dass der von den ostdeutschen Ländern zu tragende Anteil an den Erstattungen für die Aufwendungen aus den Zusatzversorgungssystemen der DDR von 50 Prozent auf 40 Prozent reduziert wird und die Haushalte der ostdeutschen Länder dadurch entlastet werden. Diese Entlastung ist allerdings entgegen der bisherigen Zusagen des Bundes bis 2029 befristet.

2. Die Länder Sachsen-Anhalt, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen fordern die Bundesregierung auf, die zeitliche Befristung dieser Entlastung zu streichen. Es ist systemfremd und nicht sachgerecht, dass die ostdeutschen Länder für die Sonder- und Zusatzversorgungssysteme der DDR finanziell einstehen müssen. Die ostdeutschen Länder sind weder Rechtsnachfolger der DDR noch handelt es sich bei der Finanzierung von Rentensystemen um eine Aufgabe der Länder. Deshalb ist es dringend geboten, dass der Bund in absehbarer Zeit die Lasten sowohl der Zusatz- als auch der Sonderversorgungssysteme vollständig übernimmt.

Die aus dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz resultierenden Lasten für die ostdeutschen Länder liegen heute bei rund 2,6 Milliarden Euro jährlich mit immer noch steigender Tendenz. Zum Zeitpunkt des Einigungsvertrages war diese Entwicklung nicht abzusehen und wurde unterschätzt. Die finanzielle Dimension für die Haushalte der ostdeutschen Länder war bereits in der Vergangenheit Anlass, die Finanzierungsverantwortung zugunsten der Länder schrittweise zu reduzieren. In einem nächsten Schritt ist die vorgesehene weitere Reduzierung der Finanzierungsverantwortung der ostdeutschen Länder bei den Zusatzversorgungssystemen um weitere 10 Prozentpunkte ohne zeitliche Limitierung erforderlich. Den beschriebenen systemischen Widersprüchen wird nur eine dauerhafte Entlastung gerecht.

Nach wie vor stellen die von den ostdeutschen Ländern zu tragenden Lasten für die Sonder- und Zusatzversorgungssysteme der DDR eine signifikante strukturelle Benachteiligung dar, der nach Auslaufen des Solidarpaktes II auch keine besondere Förderung der ostdeutschen Länder über die Mechanismen des föderalen Finanzausgleichs gegenübersteht.

Anlage 2

Antrag

der Länder Saarland, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt

Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz)
Punkt 86 der 1067. Sitzung des Bundesrates am 10.07.2026

Der Bundesrat möge beschließen, zu dem vom Deutschen Bundestag am 10. Juli 2026 verabschiedeten Gesetz die Einberufung des Vermittlungsausschusses gemäß Artikel 77 Absatz 2 des Grundgesetzes mit dem Ziel der grundlegenden Überarbeitung des Gesetzes zu verlangen.

Begründung:
Der Bundesrat begrüßt grundsätzlich das Vorhaben, die finanzielle Situation der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) nachhaltig zu stabilisieren und erkennt an, dass die derzeitige Finanzlage der GKV eine Reform dringend erforderlich macht. Ziel des Gesetzes ist es, die Krankenkassenbeiträge bis zum Jahr 2030 zu stabilisieren und gleichzeitig die Qualität der Versorgung zu er halten. Das vorliegende Gesetz wird diesem Ziel jedoch nicht gerecht. Zur grundsätzlichen Kritik wird auf den Plenarantrag der Bundesratssitzung vom 12. Juni 2026 (vgl. BR-Drucksache 256/4/26) verwiesen.

Das vorliegende Gesetz begegnet erheblichen Bedenken, insbesondere im Hinblick auf die Folgen für die gesundheitliche Versorgung in dünn besiedelten ländlichen und strukturschwachen Regionen, die bereits jetzt von Unterversorgung in verschiedenen Leistungsbereichen bedroht sind.

Vor allem die im Gesetz vorgesehenen Einsparungen im Krankenhausbereich fallen in die noch laufende Transformationsphase und betreffen insbesondere die Abschaffung der vollen Tarifrefinanzierung in der Pflege, welche zur Stärkung der Kliniken im Transformationsprozess eingeführt wurde. Die Begrenzungen der Tarifrefinanzierung führen zu einem hohen zusätzlichen finanziellen Risiko für Kliniken und sind geeignet, das Risiko von Insolvenzen zu steigern und zu einer erheblichen Gefährdung der Versorgungssicherheit zu führen.

Tarifvertraglich, kirchlich oder gesetzlich veranlasste Entgeltsteigerungen sind vollständig im Landesbasisfallwert zu berücksichtigen. Andernfalls werden diese Einrichtungen und Träger dauerhaft schlechter gestellt als Anbieter ohne Tarifbindung. Die vom Bund angebotenen Flexibilisierungen im Bereich der Pflegepersonaluntergrenzen beurteilen die Länder positiv. Die finanzielle Kompensation wird jedoch als nicht ausreichend erachtet.

Anlage 3

Protokollerklärung

der Länder Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein

zu TOP 86 der 1067. Sitzung des Bundesrates am 10.07.2026
Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz) – Drucksache 411/26

Die Länder Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein teilen das Ziel der Bundesregierung, die Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auf dem derzeitigen Niveau zu halten. In dieser Zielsetzung einig, haben die Länder Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein gegen das vorliegende Gesetz erhebliche Bedenken, insbesondere im Hinblick auf die Folgen für die stationäre medizinische Versorgung, vor allem in dünn besiedelten ländlichen und strukturschwachen Regionen, die bereits jetzt von Unterversorgung in verschiedenen Leistungsbereichen bedroht sind.

Die strukturelle Unterfinanzierung der Krankenhäuser besteht trotz der positiven Entwicklungen bei der Flexibilisierung der Regelungen zum Pflegepersonal sowie weiterer Maßnahmen zum Bürokratieabbau fort und gefährdet den Bestand insbesondere kleinerer Häuser. Da die Einsparung vor allem dadurch erbracht werden soll, dass Tarifsteigerungen nur teilweise refinanziert werden, unterliegen tarifgebundene kommunale und freigemeinnützige Häuser hierbei einer besonderen Betroffenheit.

Das 2020 eingeführte Pflegebudget ist grundsätzlich sehr erfolgreich: Krankenhäuser haben in den vergangenen Jahren erheblich Pflegepersonal aufgestockt. Die Deckelung künftiger Vergütungsanpassungen kehrt diese Entscheidung faktisch um, bevor der Aufbauprozess abgeschlossen ist.

Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein betrachten daher mit großer Sorge, dass mit dem GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz Bemühungen konterkariert werden, im Rahmen der Krankenhausplanung eine sachgerechte Reform und Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft zu erreichen, und Schließungen bedarfsnotwendiger Krankenhäuser nicht ausgeschlossen werden können.

Ferner bleibt festzustellen, dass mit der Aufhebung der Entbudgetierung im Bereich der haus- und kinderärztlichen Versorgung sowie bisher bestehender Regelungen für zusätzliche fachärztliche wie psychotherapeutische Termine eine Reduzierung des bisher überobligatorischen ärztlichen und therapeutischen Engagements mit der Folge längerer Wartezeiten für Patientinnen und Patienten zu befürchten steht.

Durch die Rückführung psychotherapeutischer Leistungen in die morbiditätsbedingte Gesamtvergütung drohen massive Einschnitte bei der psychotherapeutischen Versorgung bzw. die Maßnahme verschlechtert die Lage insbesondere dort, wo bereits jetzt Versorgungsengpässe und überdurchschnittliche Wartezeiten bestehen. Da der Behandlungserfolg auch vom Zeitablauf beeinflusst wird, würden die Folgekosten zu spät behandelter oder unbehandelter psychischer Erkrankungen die gesetzliche Krankenversicherung finanziell zusätzlich belasten.

Die Bundesbeteiligung an der Finanzierung versicherungsfremder Leistungen bzw. gesamtgesellschaftlicher Aufgaben ist trotz der Nachbesserungen im Zuge der parlamentarischen Beratungen nach wie vor zu gering. Zudem beabsichtigt der Bund, bezogen auf die Krankenversicherungsbeiträge für Grundsicherungsbeziehende, selbst in der Endstufe nur einen Teil der tatsächlichen Kosten zu tragen.